

Energiewende und Ländliche Entwicklung



Maximilian Geierhos

Einführung

»Mittel- und langfristig ist es für die Menschheit weltweit mit Sicherheit sinnvoll und notwendig, auf erneuerbare Energiequellen umzusteigen – selbst dann, wenn man die Großrisiken der Atomenergie völlig ignorieren würde. Wegen der Probleme in Japan schwindet die Akzeptanz der hochriskanten und zudem nicht versicherbaren Atomkraft derzeit in vielen Ländern der Erde. Wenn Deutschland den Vorreiter spielt und den Umstieg auf die erneuerbaren Technologien erfolgreich absolviert, dann trägt es mit der neu entwickelten Technik dazu bei, dass andere Nationen rasch folgen können. Die deutsche Industrie würde dazu beitragen, dass die Welt schneller zu nachhaltigeren, umweltfreundlicheren und für die Gesundheit ungefährlicheren Energiequellen findet. Und sie würde gut daran verdienen. Es lohnt sich in vielfacher Hinsicht für uns, als Öko-Avantgarde voranzuschreiten.« (Wagner 2011)

Mit diesen Sätzen fasst Gert G. Wagner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, seine Bewertung der Risiken und vor allem der Chancen zusammen, die mit den politischen Beschlüssen zur Energiewende in Deutschland verbunden sind.

Die »Probleme in Japan«, wie Wagner die dreifache Katastrophe von Erdbeben, Tsunami und Kernschmelze euphemistisch bezeichnet, haben in Deutschland innerhalb kürzester Zeit zu einer grundlegenden energiepolitischen Kurskorrektur geführt. Im Abstand von nur wenigen Wochen haben die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung 2011 Energiekonzepte vorgelegt, mit denen die Abkehr von einer langfristigen Nutzung der Kernkraft vorbereitet und umgesetzt werden soll. In ihrem Eckpunktepapier legt die Bundesregierung z. B. dar, dass mit dem Ziel, die Energieversorgung der Zukunft aus erneuerbaren Quellen zu gewährleisten, eine gesellschaftliche Grundentscheidung getroffen sei. Die Neubewertung der Restrisiken der Kernkraft nach den Erfahrungen von Fukushima führt zu der Zielvorgabe, den Ausstieg aus dieser Technologie drastisch zu beschleunigen. Daraus resultiert wiederum die Notwendigkeit, den eingeschlagenen Weg eines Umstiegs auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz deutlich zu beschleunigen (BMU 2011).

Schon einige Wochen vor der Bundesregierung hatte die Bayerische Staatsregierung in ihrem Energiekonzept die »doppelte Herausforderung« formuliert: »Weg vom Öl und weg vom Atom« (Bayerische Staatsregierung 2011). Diese stark vereinfachende Parole kombiniert die Konsequenzen aus dem tiefen Erschrecken über die »Probleme in Japan« (s. oben) mit den

Notwendigkeiten einer zukunftsfähigen Klimapolitik. Um die beiden Ziele gemeinsam verfolgen zu können, setzt Bayern auf einen »Dreiklang« von konsequentem Energiesparen, einer Steigerung der Energieeffizienz sowie dem kontinuierlichen Ausbau erneuerbarer Energien. (Bayerische Staatsregierung 2011)

Energiewende und Ressourcenschutz

Die Bayerische Staatsregierung stellt ihr Energiekonzept damit in einen Gesamtzusammenhang, den die Europäische Kommission in ihrem Bericht an die anderen Organe der Europäischen Union zum Thema »Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa« wie folgt zusammengefasst hat: »Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich der weltweite Verbrauch von fossilen Brennstoffen verzehnfacht. Der Abbau von Bodenschätzen ist um den Faktor 34 gestiegen. In der EU verbrauchen wir heutzutage jährlich 16 Tonnen Werkstoffe pro Person, davon werden sechs Tonnen zu Abfall und die Hälfte endet auf einer Deponie. Trends deuten jedoch darauf hin, dass die Zeit der im Überfluss vorhandenen und preisgünstigen Ressourcen vorüber ist. Die Unternehmen müssen immer höhere Preise für unverzichtbare Rohstoffe und Mineralien zahlen, ihre Knappheit und die starken Preisschwankungen schaden der Wirtschaft. Quellen von Mineralien, Metallen und Energieträgern sowie Fischbestände, Holz, Wasser, fruchtbare Böden, saubere Luft, Biomasse und die Biodiversität sind ebenso unter Druck wie die Stabilität des Klimas.« (Europäische Kommission 2011)

Die EU-Kommission verbindet damit die Frage der Bereitstellung von Energie mit anderen globalen (Über-)Lebensfragen, die in Deutschland wegen der lautstarken Diskussionen über die beschlossene Energiewende etwas in den Hintergrund getreten sind: ökologische Stabilität, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Bei der Umsetzung der Energiewende, daran kann es wohl kaum Zweifel geben, dürfen diese Fragestellungen nicht aus dem Blickfeld geraten.

Herausforderungen einer neuen Energieversorgung

Gleichwohl hat sich in den ersten Monaten nach den grundlegenden politischen Beschlüssen die öffentliche Diskussion vor allem auf die möglichst rasche Steigerung des Anteils regenerativer Energien insbesondere an der Stromerzeugung konzentriert. Dies ist aber auch nach dem Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung nur ein – wenn auch sehr wesentlicher – Teil der Gesamtproblematik. Insgesamt definiert das Energiekonzept neun zentrale Herausforderungen:

- 1. Erneuerbare Energien deutlich schneller ausbauen*
- 2. Energienetze ausbauen*
- 3. Markt-, System- und Netzintegration erneuerbarer Energien – Stromspeicher schaffen*
- 4. Strom effizient erzeugen und verwenden*
- 5. Wärme effizient erzeugen und verwenden*
- 6. Erdgasinfrastruktur ausbauen*
- 7. Mobilität effizient und klimaschonend ermöglichen*
- 8. Neue Energietechnologien erforschen*
- 9. Energieversorgung im europäischen Kontext*

(Bayerische Staatsregierung 2011)

In den ersten Monaten nach den Regierungsbeschlüssen zur Energiewende haben sich – neben der notwendigen Steigerung der Erzeugung regenerativer Energien – drei Bereiche als besonders schwierig und drängend herauskristallisiert:

- Wie kann die Stabilität der Leitungsnetze gesichert werden, wenn z. B. große Strommengen aus norddeutschen Windkraftanlagen den industriellen Bedarfszentren in Süddeutschland zugeleitet werden müssen und verschiedene Nachbarländer nicht mehr bereit sind, ihre Stromtrassen zur Durchleitung zur Verfügung zu stellen?
- Wie muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiterentwickelt werden, um zu hohe Kostenbelastungen für Verbraucher und Wirtschaft zu vermeiden und die bisher – zumindest nach Auffassung vieler marktliberaler Wirtschaftsexperten – bestehende Überbetonung der Solarförderung zu begrenzen?
- Mit welchen Anreizen kann es gelingen, Investoren für den Bau z. B. moderner Gas-Dampf-Kraftwerke zu gewinnen, die zwar erforderlich sind, um die stark fluktuierende Stromerzeugung aus Wind und Sonne bedarfsgerecht auszugleichen, die aber – insoweit etwa vergleichbar mit einem Reserverad beim Auto – nach Möglichkeit gar nicht oder nur in geringem Umfang genutzt werden sollen und damit kaum rentabel sind? Muss der Staat einen Markt schaffen, auf dem er den günstigsten Bieter nicht für die Produktion von Strom, sondern für die Bereitstellung von Produktionskapazitäten sucht?

Hier sind noch politische Grundsatzentscheidungen gefragt (*Anm. d. Verf.: Bei Redaktionschluss dieses Beitrags scheint man sich auf Einschränkungen bei der Einspeisevergütung für Solarstrom geeinigt zu haben; die zu erwartenden Auswirkungen werden höchst kontrovers diskutiert*). Mit den bisher vorliegenden energiepolitischen Zielvorgaben ist es – bei aller Wirksamkeit, die sie entfalten und entfalten werden – nicht getan. Die Frage ist zu entscheiden, auf welcher ordnungspolitischen Basis die Energiewende bewerkstelligt werden soll und kann. Schon gibt es die Forderung nach Subventionen, z. B. für die erforderlichen »Reserve-Kraftwerke«. Als Alternative sind geeignete Marktanreize im Gespräch, wie sie das EEG mit Erfolg, aber auch mit hohen Kosten für Wirtschaft und Verbraucher gegeben hat und gibt. Und wie in jeder ordnungspolitischen Debatte gibt es natürlich auch die neoliberalen Vertreter der reinen Lehre vom freien Markt, der ohnehin durch politische oder fachliche Vorgaben nicht entscheidend zu beeinflussen sei. Zu diesen ordnungspolitischen kommen schließlich noch die planungsrechtlichen Fragen. Stichworte hierzu sind der überregionale Ausbau der Übertragungsnetze oder auch die Anlage von Pumpspeichern zum Ausgleich der fluktuierenden Stromproduktion aus Sonne und Wind.

Was können wir mit der Ländlichen Entwicklung leisten?

Die Erörterung all dieser politischen Kernfragen zur Energiewende würde den Rahmen eines DVW-Sonderhefts bei Weitem überschreiten. Vor dem Hintergrund der geschilderten Gesamtsituation soll es hier vielmehr um die Frage gehen: Wie kann das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit seinen umfassenden Ressortzuständigkeiten, wie kann vor allem die Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihren Rechts- und Förderinstrumenten zum Ziel einer Energiewende beitragen?

Erneuerbare Energien sind, das ist eine naheliegende Erkenntnis, Energien der ländlichen Räume. Egal ob Wind- oder Sonnenenergie, ob Biomasse von den Feldern oder aus den Wäldern, bei allen Energieformen kann der Ausbau nur oder zumindest ganz überwiegend auf dem Land stattfinden. Die Energiewende ist deshalb, was bisher kaum beachtet und diskutiert wird, auch eine Wende weg von zentralen Großstrukturen hin zu dezentralen, eher mosaikhaften Lösungen. Die Stärke, vielleicht auch die Stabilität einer künftigen Energieversorgung liegt absehbar in der Summe vieler kleiner Beiträge und in deren effizienter Vernetzung.

Das kann zu neuen Chancen für die ländlichen Räume führen, die es zu nutzen gilt. Jahrhunderte lang, bis zum Beginn der Industrialisierung, haben ländliche Räume nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die Energie für die Städte geliefert. Mehr noch: Städte sind überhaupt erst entstanden, als das Land in der Lage war, sie mit Lebensmitteln in jeder Hinsicht zu versorgen. Erst unser fossiles Zeitalter hat dazu geführt, dass sich die Energie- und damit auch die Kapitalflüsse umgekehrt haben. Mehr erneuerbare Energien, also mehr Land-Energien können zur Folge haben, dass diese Kaufkraft- und Wertschöpfungsanteile in den ländlichen Regionen verbleiben. Das kann nur gelingen, wenn auf der Ebene der Dörfer, der Gemeinden und in Gemeindebündnissen zukunftsorientierte Energieerzeugungs- und Energienutzungskonzepte entstehen.

Für die Ländliche Entwicklung sind diese Themen nicht völlig neu. Schon bisher bietet sie dazu – nicht zuletzt unter den politischen Vorgaben zum Thema Klimaschutz und Klimavorsorge – im Rahmen von Dorferneuerung, Gemeindeentwicklung und Integrierter Ländlicher Entwicklung wirksame Hilfestellung und Begleitung an. Gerade die Frage einer effizienten Energienutzung hat ja vor allem in der Dorferneuerung schon seit vielen Jahren eine Rolle gespielt. Sie gehört auch zu den zentralen Herausforderungen der Energiewende (s. o.), denn noch umwelt- und klimagerechter als regenerative Energien ist natürlich die Energie, die gar nicht verbraucht wird.

Energiewende verändert Landschaften!

Zugleich wird ein Ausbau der erneuerbaren Energien nicht möglich sein ohne tiefgreifende Veränderungen in der Landnutzung. Veränderungen der Landnutzung haben aber geradezu zwingend auch Veränderungen im Landschaftsbild zur Folge. Das war früher so – die sprichwörtliche »Fahrt ins Blaue« etwa ist heute gar nicht mehr möglich, weil der blau blühende Flachs aus unseren Landschaften verschwunden ist, seit die Baumwolle das Leinen verdrängt hat – und das wird auch künftig so sein.

Derzeit wird diese Veränderung, wenn sie denn überhaupt diskutiert wird, vor allem als Belastung empfunden: »Vermaisung« durch die Erzeugung von Biogas-Substrat, »Verspargelung« durch Windkraftanlagen, »Verspiegelung« durch die Nutzung der Photovoltaik, von neuen Hochspannungsleitungen oder Pumpspeicherwerken ganz zu schweigen. Erst langsam wird nach der weit verbreiteten Erleichterung über das »Atomkraft – nein danke« der Regierenden klar, dass eine tiefgreifende Veränderung der Energiepolitik eben genau das ist: Eine Veränderung. Sie wird nicht unsichtbar bleiben, und sie wird auch nicht nach dem überstrapazierten »nimby-Prinzip« (not in my backyard) immer jeweils woanders stattfinden können als im eigenen Umfeld. Hierzu gibt es – zumindest außerhalb von Talkshows und Pressekonferenzen –

bisher einen spürbaren Mangel an Information und Diskurs. Gesprächs- und Beteiligungsmodelle auf lokaler und regionaler Ebene gehören zu den Kernkompetenzen in der Ländlichen Entwicklung, die es auch für dieses Ziel anzuwenden gilt.

Veränderungen in der Landnutzung aber führen immer auch zu Interessenkonflikten um Land, um Fläche, um Grund und Boden. Hier ist die Ländliche Entwicklung natürlich mit ihren Kernkompetenzen in der Bodenordnung gefragt.

Energiewende: dezentral und vernetzt

Einen Königsweg zur Energiewende wird es nicht geben. Sie kann – die richtigen gesamtpolitischen Weichenstellungen vorausgesetzt – nur durch viele kleine, dezentrale, eigenständige und dennoch miteinander vernetzte Initiativen gelingen. Gerade hier hat die Ländliche Entwicklung traditionell ihre Stärken. Gerade hier ist sie deshalb auch umso mehr gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Sie verfügt über eine Vielzahl von Ansatzpunkten und Kompetenzen, um das im Zusammenwirken mit ihren Partnern im ländlichen Raum und mit anderen Verwaltungen und Organisationen zu tun. Die Beispiele in diesem Heft sollen auch zeigen, wie vielfältig die Möglichkeiten und Beiträge der Ämter für Ländliche Entwicklung bereits bisher sind. Viele unserer erfolgreichen Ansätze haben ihren Anfang lange vor Fukushima und der politischen Energiewende genommen. Jetzt geht es darum, eine zukunftsfähige Energieversorgung und eine effiziente Energienutzung als wichtige zusätzliche Schwerpunkte der Ländlichen Entwicklung anzunehmen und dies – über beispielhafte Projekte hinaus - in der breiten Praxis unserer Arbeit umzusetzen.

Quellen

Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Brüssel 2011

Bayerische Staatsregierung: Bayerisches Energiekonzept »Energie Innovativ«; [http://www.bayern.de/Anlage10344945/BayerischesEnergiekonzeptEnergieinnovativ\(PDF\).pdf](http://www.bayern.de/Anlage10344945/BayerischesEnergiekonzeptEnergieinnovativ(PDF).pdf); München 2011

Wagner, Gert G.: Atomausstieg: Deutschland kann ein Vorbild werden; in: DIW Wochenbericht 20/2011; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2011

BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Energiewende, http://www.bmu.de/energiewende/beschluesse_und_massnahmen/doc/47465.php; Berlin 2011